

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

| | | |
|--|----------------------------|--------------------------|
| Gremium | | |
| Rat der Stadt Schwelm | | |
| Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm | | |
| Datum 30.03.2017 | Beginn 17:06 Uhr | Ende 20:44 Uhr |

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
 Christoforidou, Elissavet ab 17:14 Uhr - TOP A 2
 Hortolani, Frauke Dr.
 Kick, Hans-Werner
 Kirschner, Thorsten ab 17:28 Uhr - TOP A 6
 Philipp, Gerd
 Schier, Klaus Peter
 Tempel, Gabriele
 Wapenhans, Detlef
 Weidner, Johnnie
 Flühöh, Oliver bis 19:57 Uhr - TOP A 7.3
 Happe, Andreas
 Heinemann, Manfred
 Kampschulte, Matthias
 Lenz, Heinz-Jürgen
 Lusebrink, Hans-Otto
 Müller, Michael
 Rüttershoff, Heinz-Joachim
 Sartor, Christiane
 Thier, Heinz Georg
 Beckmann, Philipp J.
 Pfeffer, Jörg bis 20:05 Uhr - TOP A 9
 Schwunk, Michael
 Stark, Wolfgang
 Gießwein, Brigitta
 Gießwein, Marcel
 Weidenfeld, Uwe
 Bockelmann, Christian Dr.
 Garn, Elke
 Kranz, Jürgen
 Feldmann, Jürgen
 Lubitz, Eleonore
 Burbulla, Johanna
 Huppelsberg, Wulf
 Stutzenberger, Olaf

Vorsitzende

Grollmann, Gabriele

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Appelkamp-Decker, Annika

Eibert, Peter

Fröhlecke, Ramona

Guthier, Wilfried

Heringhaus, Petra

Lethmate, Egbert

Menke, Olaf

Mollenkott, Marion

Rath, Christiane

Riemann, Anja

Schweinsberg, Ralf

Striebeck, Thomas

Tolksdorf, Andreas

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Kaufmann, Michaela Dr.

Philipp, Sylvia Dr.

Zeilert, Hans-Jürgen

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-----|---|------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n | |
| 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 02.02.2017 | |
| 4 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 5 | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 6 | Zusammenführung von Verwaltungsstandorten in der Innenstadt | 063/2017 |
| 7 | Gute Schule 2020 | |
| 7.1 | Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2016 zur Prüfung einer Lösung für den Bereich der SEK I | 017/2017/1 |
| 7.2 | Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2017 zur Interkommunalen Schulentwicklung | 058/2017 |
| 7.3 | Gute Schule 2020 - Gemeinsames Projektpapier von Schulleitungen und Verwaltung | 018/2017 |
| 7.4 | Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen /Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 zur Abwicklung des Projekts "Gute Schule 2020" | 043/2017 |
| 8 | Ausschussumbesetzungen der Fraktionen CDU, DIE BÜRGER und DIE LINKE. im Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Verwaltungsrat TBS und Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger Schwelm | 048/2017 |
| 9 | Beitritt der Stadt Schwelm zur Ko-Part-Genossenschaft (interkommunale Einkaufsgenossenschaft) | 042/2017 |
| 10 | Beitritt der Stadt Schwelm zur Anstalt des öffentlichen Rechts "d-NRW AöR" | 044/2017 |
| 11 | Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis zur Durchführung des geförderten Breitbandausbaus (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW) | 025/2017 |

| | | |
|----|--|----------|
| 12 | Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für 2017 im Produkt 01.01.12. - Zentrales Grundstücksmanagement | 041/2017 |
| 13 | Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 02.01.03 – „Verkehrsangelegenheiten“ | 029/2017 |
| 14 | Genehmigung der Fortschreibung 2017 des Haushaltssanierungsplans | 026/2017 |
| 15 | Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen | 031/2017 |
| 16 | Freigabe von Verkaufssonntagen 2017 | 027/2017 |
| 17 | Entwicklung Sportplatz "An der Rennbahn" | |
| 18 | 1. Änderung des Stellenplans 2017 | 061/2017 |
| 19 | Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung | |

Vor Eröffnung der Sitzung des Rates begrüßt die Bürgermeisterin Frau Grollmann zunächst alle Anwesenden ganz herzlich, bevor sie allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten, nachträgliche Glückwünsche ausspricht.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Frau Grollmann eröffnet die Ratssitzung.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt sie fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung geladen worden sei und Beschlussfähigkeit vorliege.

ZUR TAGESORDNUNG GIBT ES FOLGENDE HINWEISE:

- Die Vorlage 017/2017/1 - Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2016 zur Prüfung einer Lösung für den Bereich der SEK I zum Thema Gute Schule 2020 liegt auf den Tischen aus.
- Des Weiteren wurde zum Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2017 zur Interkommunalen Schulentwicklung VL 058/2017 zugesandt.

Als hinzukommende Vorlage bzw. Tagesordnungspunkte gibt es folgende Vorschläge:

- Aufnahme der VL 063/2017 - Zusammenführung von Verwaltungsstandorten in der Innenstadt.
Die Vorlage ersetzt aufgrund der weiteren Entwicklungen die zunächst vorgesehene VL 022/2017/1 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE BÜRGER, B'90/Die Grünen, SWG/BfS und DIE LINKE. vom 02.02.2017 - "Zentralisierung der Verwaltung", die damit entfällt.
- Als weitere hinzukommende Vorlage gäbe es VL 061/2017 -
1. Änderung des Stellenplans 2017 – Diese Vorlage hat sich aus dem Vertagungsantrag zur Vorlage 035/2017/1 in der Sitzung des Hauptausschusses vom 16.03.2017 ergeben.

Die beiden Vorlagen liegen ebenfalls auf den Tischen aus bzw. stehen im System.

Für den Fall der Aufnahme der beiden vorgenannten Vorlagen wird vorgeschlagen, VL 063/2017 als TOP A 6 zu behandeln und VL 061/2017 als TOP A 18 in die TO einzugliedern.

Weitere Vorschläge zur Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung:

- Es wird vorgeschlagen, den Themenkomplex „Gute Schule 2020“ mit seinen vier Unterpunkten vorzuziehen und an den Anschluss der Beratung und Beschlussfassung über die Zusammenführung von Verwaltungsstandorten zu legen. Auch sollen innerhalb des Themenkomplexes die bisherigen Unterpunkte 3 und 4 vor die Unterpunkte 1 und 2 rücken.

Auf Nachfrage des Herrn Philipp zu dem vorgestellten Vorschlag hinsichtlich des FDP-Antrags, der im Februar verspätet eingereicht worden sei, und dem Hinweis, sich darauf verständigt zu haben, diesen als Ergänzungsantrag zu sehen, wird seine Fragestellung und die gewählte Beratungsfolge bzw. Entscheidungskompetenz kurz erörtert.

Herr Kranz erkundigt sich zur Vorlage 022/2017/1. Frau Grollmann erläutert, dass – wie bereits ausgeführt – statt dieser Vorlage 063/2017 hinzugekommen sei.

Abstimmung über die Ergänzung bzw. Änderung der Tagesordnung:

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 4 |

3 Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 02.02.2017

Die Niederschrift wird genehmigt.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 1 |

4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung

keine

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Grollmann teilt mit, dass Sie an dieser Stelle zunächst ihre Tätigkeiten nach § 16 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes vorstellen möchte. Ihre aktuelle Aufstellung vom 27.03.2017, die auch dauerhaft im Internet veröffentlicht werde, sei

an die Wand projiziert. Zu den Einkünften aus Nebentätigkeit werde sie im nichtöffentlichen Sitzungsteil ausführen.

6 Zusammenführung von Verwaltungsstandorten in der Innenstadt 063/2017

Herr Schweinsberg berichtet mit Bedauern von der vorgestern eingegangenen Mitteilung, dass der Notartermin von beiden Vertragsparteien abgesagt worden sei, so dass aktuell nach drei-monatiger intensiver Verhandlung kein Kaufvertrag vorliege. Ob die beiden Vertragsparteien noch einmal aufeinander zugehen wollen, sei fraglich. Die Verwaltung hingegen beabsichtige noch nicht aufzugeben, sondern werde alles versuchen, das Gelände einer Lösung zuzuführen und hat daher die Vorlage 063/2017 erstellt.

Frau Grollmann betont, dass es noch nie eine so große übergreifende Einigkeit in der Verwaltung und der Politik gegeben habe und hofft sehr, weiterhin parteiübergreifend an der Zielsetzung, ein zentrales Rathaus in die Innenstadt setzen zu können zu arbeiten.

Herr Kick bringt ebenfalls die Enttäuschung der SPD-Fraktion zum Ausdruck, denke aber angesichts der historischen Möglichkeit mit einem Rathaus auf dem Brauereigelände Raum für weitere Gespräche zu geben und Fristverlängerung zu ermöglichen. Er gehe davon aus, dass eine europaweite Ausschreibung erst nach Unterzeichnung des Kaufvertrages möglich sei, so dass er begrüßen würde, dass diese auch erst nach Unterzeichnung erfolge.

Herr Schweinsberg hätte ohnehin vorgeschlagen, einen Sperrvermerk mit genau dieser Formulierung aufzunehmen.

Herr Kranz äußert ebenfalls Bedauern über das Scheitern des Kaufvertrages, möchte aber an den Ratsbeschluss erinnern, wie zu verfahren sei, wenn dieser nicht zustande komme.

Herr Flüshöh schließt sich den Vorrednern an und hofft, dass weiterhin der politische Wille bestehe, eine gedeihliche und einvernehmliche Lösung zu finden. Hinsichtlich des Sperrvermerkes stimme er Herrn Kick zu.

Herr Stutzenberger bekräftigt, voll hinter dem Beschluss zu stehen, das Brauereigelände als Standort für ein zentrales Rathaus auszuwählen. Dies erfahre breite Unterstützung aus der Bürgerschaft.

Herr Schwunk äußert Kritik an der Auswahl dieses Standortes für ein Rathaus. Die FDP-Fraktion werde keines Falles freie Hand für einen Sperrvermerk und die geplante Beschlussfassung geben. Er kündigt einen umfassenden Fragenkatalog an. Die Zustimmung der FDP-Fraktion stelle er nur in Aussicht, wenn die Fragestellungen allumfassend und in sich schlüssig beantwortet werden. Er beantrage die Vertagung der Beschlussfassung in eine Sonder-Ratssitzung am 27.04.2017 und rege an, diese mit einer Entscheidung über die Bäder zusammen zu fassen. Wenn das Hallenbad nicht mehr gebraucht werde, stünde ein Grundstück zur Verfügung.

Herr Gießwein kann nicht nachvollziehen, warum jetzt immer noch eine derartige Eile an den Tag gelegt werde. Er könne nachvollziehen, den Investoren nochmals ein Zeichen zu geben und zustimmen, in vier Wochen eine Sonderratssitzung stattfinden zu lassen.

Herr Feldmann erklärt, dass er sich dem Vertagungsantrag anschließen könne. Er sehe bis Ende April die Möglichkeit ein kleines Meinungsbild aus der Bevölkerung zu erhalten.

Für Herrn Kranz zeigen die Zahlen, dass eine Realisierung auf dem Brauereigelände einer Umsetzung in der Gustav-Heinemann-Schule näher stehe als eine Realisierung in der Schillerstraße. Daher stehe er dem Standort Brauerei eher positiv gegenüber.

Frau Grollmann bittet um Abstimmung über den Vertagungsantrag des Herrn Schwunk in eine Sonder-Ratssitzung am 27.04.2017.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 10 |
| | dagegen: | 23 |
| | Enthaltungen: | 3 |

Herr Gießwein hätte gerne eine genauere Formulierung, zumal ein Sperrvermerk aufgenommen werden solle.

Herr Schwunk hält die Ausführungen und Inhalte der Verwaltung für grob fehlerhaft und erwartet, dass sie die von der FDP-Fraktion gestellten Fragen zunächst beantworte.

Nach Aussage des Herrn Weidenfeld haben sie die Thematik in ihrer Fraktion umfänglich diskutiert und hätten gerne eine Entwicklung auf dem Gelände. Dies bedeute nicht, dass wenn der Entwicklung zugestimmt werde, alle Fragen geklärt seien. Er führt beispielhaft auf, welche Fragen sich alle noch stellen.

Herr Lenz leitet ein, dass man nach Abwägung der letzten Monate den Beschluss über das Brauereigelände als Standort für das Rathaus gefasst habe und die meisten Ratsmitglieder geäußert haben, diesen Weg fortsetzen zu wollen. Die Vorlage sage nicht „wir bauen das Rathaus“, sondern zeige relevante Eckpunkte auf. Mit heutiger Beschlussfassung werde nicht ausgelöst, dass sich die Politik nicht mehr einbringen könne und verweist auf Punkt 3 des Beschlussvorschlages.

Herr Flüshöh ergänzt, dass in diesem Arbeitskreis „Zentralisierung“ noch über alle Punkte, die Herr Weidenfeld angeführt habe, diskutieren könne.

Herr Kirschner bringt in Erinnerung, dass der „Schandfleck“ eines der größten Streitthemen der letzten Jahre gewesen sei. Jetzt befinde man sich auf einem gemeinsamen Weg und könne Einigkeit zeigen. Dies sei für alle Fraktionen ein mühsamer Prozess gewesen.

Sitzungsunterbrechung 18:20 Uhr – 18:30 Uhr

Frau Grollmann teilt mit, dass vor Abstimmung über Vorlage 063/2017 nachstehende Protokollnotiz aufgenommen werde:

Die VL 063/2017 wird erst umgesetzt, wenn der in Abs. 3 des Fraktionsantrages vom 02.02.2017 vorausgesetzte vertragliche Eigentumsübergang der Verwaltung angezeigt wurde.

Sodann ruft die Bürgermeisterin zur Beschlussfassung über Vorlage 063/2017 auf.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Realisierung eines Rathausstandorts im Bereich der Innenstadt gemäß der im Sachverhalt dargestellten Rahmenbedingungen ein Vergabeverfahren nach den §§ 97ff Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) einzuleiten.
2. Bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0277.785100 – Zusammenführung Verwaltungsstandorte in der Innenstadt – werden außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 100.000 € bewilligt. Die Deckung ist durch Minderauszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0257.785110 - Umbau GHS zum Rathaus mit VHS/Musikschule - sichergestellt.
3. Die bestehende Arbeitsgruppe „Zentralisierung“ wird die Beschlüsse zu 1 und 2 begleiten. Hierbei sind folgende Rahmendaten als Grundlage für die Begleitung zu beachten:
 - Investitionsvolumen maximal 24 Millionen Euro
 - maximal 9.500 qm Bruttogeschossfläche
 - Unterbringung von 168 Bildschirmarbeitsplätzen
 - Ausstattung mittlerer Standard und Güte
 - Fertigstellungsdatum 31.12.19
 - keine Nutzung fossiler Brennstoffe

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 24 |
| | dagegen: | 5 |
| | Enthaltungen: | 7 |

Nach erfolgter Abstimmung schlägt Herr Schweinsberg unter Abstimmung mit Herrn Kirschner vor, statt der für den 27.04.2017 vorgesehenen Sitzung des Finanzausschusses eine Ratssitzung stattfinden zu lassen. Der Vorschlag findet stillschweigende Zustimmung.

7 Gute Schule 2020

7.1 Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.11.2016 zur 017/2017/1 Prüfung einer Lösung für den Bereich der SEK I

Zunächst bringt Herr Gießwein seine Irritation über das Vorgehen zu dem Antrag von B'90/Die Grünen zum Ausdruck, der zunächst im Schulausschuss für eine abschließende Beschlussfassung auf der Tagesordnung gestanden habe und nun auch auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden sei. Wenn dies nach der Zuständigkeitsordnung so geschehen müsse, so hätte dies auch für die in der Vergangenheit gefassten Entscheidungen gelten müssen.

Der Antrag sei bewusst neutral und offen formuliert worden, um mit allen Beteiligten lösungsorientiert zu diskutieren und gemeinsam eine Lösung zu finden. Es gebe in Schwelm Schwierigkeiten, die nur über die Stadtgrenzen hinaus gelöst werden können.

Herr Flühöh verweist auf seine im Schulausschuss bislang nicht beantworteten Fragen zu den angeführten immer gravierender werdenden Schwierigkeiten im Sekundar-I-Bereich und seine Bitte, den Antrag daher nochmal im Rat beraten zu können. Er hatte gebeten, gut zu überlegen, ob die inhaltliche Diskussion jetzt geführt werden solle und damit möglicherweise der bestehende Schulfrieden gestört werde. In der Diskussion „Gute Schule 2020“ seien alle Beteiligten gut mitgenommen worden und man habe den Prozess zu einem Ende gebracht, auf das man Stolz sein könne, dies so geschafft zu haben, auch wenn der Prozess nicht optimal gelaufen sei. Niemand wolle bestehende Strukturen so einfach aufgeben, was aber dann mit allergrößter Wahrscheinlichkeit zwingend erforderlich werde. Er bitte daher, den Antrag zurückzunehmen.

In weiterer sehr emotional und kontrovers geführter Diskussion geben auch die übrigen Fraktionen ihre Meinungsbilder ab.

Nach vielfachen Wortbeiträgen beantragt Herr Rüttershoff das Ende der Rednerliste.

Nach erfolgten letzten Wortbeiträgen bittet Frau Grollmann um Abstimmung über Vorlage 017/2017/1.

Beschluss:

Die Verwaltung möge gemeinsam mit den Schulen Überlegungen anstellen und prüfen, welche Möglichkeiten zur Lösung der immer gravierenden Schwierigkeiten der Schulen im Bereich SEK I möglich sind. Hierbei sollen ausdrücklich die gekauften Grundstücke im Bereich Bahnhof Loh in die Überlegungen mit einbezogen werden.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 21 |
| | dagegen: | 10 |
| | Enthaltungen: | 5 |

7.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2017 zur Interkommunalen Schulentwicklung

058/2017

Auf Nachfrage des Herrn Philipp, wie man die Aussage am Ende der Vorlage zu interpretieren habe erläutert Frau Grollmann, dass es sich um einen fließenden Prozess handeln solle. Als nächstes führt Herr Philipp aus, dass – wenn die Bildung eines weiteren Arbeitskreises nicht im Focus stehe – ja alles schon laufe und der Antrag nicht mehr benötigt werde. Herr Tolksdorf erklärt, dass dies lediglich ein Hinweis darstelle, was es schon alles an Aktivitäten mit den Nachbarkommunen gebe und Sprockhövel Interesse daran bekundet habe, sich weiter miteinander auszutauschen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine gemeinsame interkommunale Schulentwicklungsplanung mit den Städten Gevelsberg, Ennepetal, Sprockhövel und Wuppertal unter Beteiligung der Kreisverwaltung für die Sekundarstufe I zu prüfen.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

7.3 Gute Schule 2020 - Gemeinsames Projektpapier von Schulleitungen und Verwaltung

018/2017

Beschluss:

Der Rat beschließt das Konzept zur Verwendung der Mittel aus dem Kontingent *Gute Schule 2020* wie vorgestellt und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Anträge bei der NRW.Bank für die Jahre 2017 bis 2020 zu stellen.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 3 |

7.4 Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen /Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 zur Abwicklung des Projekts "Gute Schule 2020"

043/2017

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2017 werden bei der Haushaltstelle 01.01.08/0269.783100 – Beschaffung von Hardware „Gute Schule 2020“ - außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 60.000 € und bei der Haushaltstelle 03.05.01/0269.783100 –

Schulausstattung „Gute Schule 2020“ – außerplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 15.000 € bewilligt.

Die Deckung ist durch Minderauszahlungen bei der Haushaltsstelle 01.01.13/0269.785110 – Hochbauinvestitionen Programm „Gute Schule 2020“ – gewährleistet.

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13.521506 – Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen „Gute Schule 2020“ werden außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 30.000 € bewilligt.

Die Deckung ist durch Mehrerträge bei der Haushaltsstelle 16.01.02.423101 – Schuldendiensthilfen vom Land „Gute Schule 2020“ – gewährleistet.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 3 |

8 Ausschussumbesetzungen der Fraktionen CDU, DIE BÜRGER und DIE LINKE. im Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Verwaltungsrat TBS und Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger Schwelm 048/2017

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Ausschussumbesetzungen werden beschlossen:

| Gremium | bisherige/r Ausschusssitzinhaber/in | neue/r Ausschusssitzinhaber/in | Funktion | Fraktion |
|-----------------------------|--|---------------------------------------|----------------------------|-----------------|
| Schulausschuss | Sebastian Bötzel | Carl-Christian Belitz | 3. stv. MG | CDU |
| | Susan Grabinski | Martin Enke | 2. stv. MG | DIE LINKE. |
| Jugendhilfeausschuss | Susan Grabinski | Maria Utsch | ordentliches beratendes MG | DIE LINKE. |
| | Maria Utsch | Martin Enke | pers. stv. beratendes MG | DIE LINKE. |
| Verwaltungsrat TBS | Jürgen Schulz | Andreas Schröder | o MG | DIE BÜRGER |

Die nachstehenden Benennungen/Änderungen für den Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger Schwelm werden zur Kenntnis genommen:

| | | | | |
|-------------|-----------------|--------------------------------|---------|------------|
| KAMS | N.N. | Jannes Alexander Schley | stv. MG | DIE BÜRGER |
| | Jürgen Feldmann | Maria Utsch | o MG | DIE LINKE. |

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

NB: Bürgermeisterin
Frau Lubitz war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 9 Beitritt der Stadt Schwelm zur Ko-Part-Genossenschaft (interkommunale Einkaufsgenossenschaft) 042/2017**

Beschluss:

Dem Beitritt zur Einkaufsgemeinschaft der Kommunen in NRW – KoPart eG wird zugestimmt. Der Beitritt wird durch die Bürgermeisterin vollzogen, die die Stadt in der Generalversammlung der Genossenschaft vertritt.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

Frau Lubitz war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 10 Beitritt der Stadt Schwelm zur Anstalt des öffentlichen Rechts "d-NRW AöR" 044/2017**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm beschließt den Beitritt zur neu gegründeten d-NRW AöR.

Der Beitritt zur d-NRW AöR erfolgt durch einseitige Erklärung, jeweils zum Beginn eines Kalenderjahres. Die Erklärung muss der Anstalt bis zum 30. September des Vorjahres zugegangen sein. Im Errichtungsjahr [2017] ist ein rückwirkender Beitritt zum 1. Januar 2017 möglich.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

Frau Lubitz war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 11 **Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis zur Durchführung des geförderten Breitbandausbaus (Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW)** 025/2017

Beschluss:

Der Rat genehmigt die von der Bürgermeisterin oder dem Vertreter im Amt und einem Ratsmitglied am 03.02.2017 getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Schwelm und dem Ennepe-Ruhr-Kreis zur Durchführung des geförderten Breitbandausbaus im Ennepe-Ruhr-Kreis im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

Frau Lubitz war während der Abstimmung nicht anwesend.

- 12 **Bewilligung von außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen für 2017 im Produkt 01.01.12. - Zentrales Grundstücksmanagement** 041/2017

Herr Weidenfeld bittet um Aufnahme nachstehender Protokollnotiz:

*Protokollnotiz Kiga Grothestraße:
B'90/Die Grünen lehnen die Bebauung des oberen Flächenstreifens aus Klimaschutzgründen ab. Die Zustimmung zur o.g. Vorlage erfolgt, weil keine Kosten der Erschließung des Teilstücks entstehen sollen.*

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2017 werden bei der Haushaltsstelle 01.01.12.529100 - „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“ weitere außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen in Höhe von 77.000 € bewilligt. Die Deckung ist wie folgt sichergestellt

- 1.) 70.000 € Minderaufwendungen / Minderauszahlungen bei HH.-Stelle 16.01.01.537400 – Kreisumlage Allgemein
- 2.) 7.000 € Minderaufwendungen / Minderauszahlungen bei HH.-Stelle 01.01.13.521505 – „Instandhaltung der baulichen Anlagen“

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

- 13 Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 02.01.03 – „Verkehrsangelegenheiten“ 029/2017**

Beschluss:

Bei der Haushaltsstelle 02.01.03.529100 - "Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen" werden überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 33.000 EUR bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei der Haushaltsstelle 16.01.01.537400 – Kreisumlage allgemein – gewährleistet.

| | | |
|----------------------|-------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
|----------------------|-------------|---|

- 14 Genehmigung der Fortschreibung 2017 des Haushaltssanierungsplans 026/2017**

Kenntnis genommen

- 15 Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen 031/2017**

Kenntnis genommen

- 16 Freigabe von Verkaufssonntagen 2017 027/2017**

Beschluss:

Die anliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 28 |
| | dagegen: | 6 |
| | Enthaltungen: | |

- 17 Entwicklung Sportplatz "An der Rennbahn"**

Herr Striebeck teilt mit, dass für den 27.04.2017 eine Sitzungsvorlage zur Mittelfreigabe vorgelegt werde, um mit dem Verfahren fortfahren zu können.

Im Anschluss beantwortet er zwei Rückfragen des Herrn Kranz.

Herr Lenz bezieht sich auf die auf Seite 2 der Verwaltungsvorlage aufgeführten Fallzahlen und erklärt, dass nach Ansicht der CDU-Fraktion vergleichbar große Städte den Einstieg zurückhaltender beantragen. Er beantrage daher, die Stellenzahl 264,52 nur auf 265,02 zu erhöhen und bei gleichen Rahmenbedingungen auf zwei Jahre nur mit einer halben Stelle zu beginnen.

Herr Schwunk ist der Auffassung, dass jetzt noch keine Entscheidung über eine Stellenplanausweitung getroffen werden und das Thema mit den Südkreisstädten erörtert werden sollte.

Herr Gießwein gibt zu bedenken, dass der betroffene und damit auf das Geld angewiesene Personenkreis die Mittel auch zum Stichtag benötige. Insofern habe man keine Zeit. Im Übrigen habe die Diskussion im Fachausschuss ein klares Ergebnis ergeben.

Herr Eibert weist darauf hin, dass ohnehin in dem Arbeitsbereich ein Defizit festgestellt worden sei. Da die Betroffenen schon im Mai informiert werden, sei davon auszugehen, dass der Fachbereich überrannt werde. Er könne nur davor warnen, heute die Zustimmung zu verwehren. Eine Zusammenarbeit mit Nachbarstädten könne allenfalls in der Heranziehung erfolgen. Wenn die Entscheidung in einen weiteren Sitzungszyklus gehe, könne er keine Verantwortung mehr übernehmen.

Herr Lenz erklärt, dass die CDU auch den Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit begrüße, aber auch nachvollziehen könne, dass die Verwaltung handlungsfähig sein möchte. Er bittet die Verwaltung, möglichst schnell mit anderen Städten zu sprechen. Sobald die Zahlen vom Jobcenter vorliegen, können weitere Notwendigkeiten überlegt werden.

Es schließt sich eine umfassende kontroverse Erörterung der Thematik an, bevor Frau Grollmann zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Lenz auffordert, die Stellenzahl von 264,52 auf 265,02 zu erhöhen.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | |
| | dafür | 12 |
| | dagegen: | 22 |
| | Enthaltungen: | |

Anschließend fordert Frau Grollmann zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus Vorlage 061/2017 auf.

Beschluss:

Die Änderung des Stellenplans wird beschlossen. Die Anzahl der Stellen erhöht sich von 264,52 auf 265,52. Die Stellenübersicht für die Tariflich Beschäftigten ändert sich im Produkt „Unterhaltungsvorschussleistungen“ 06.03.08 in der Entgeltgruppe E 09b (bzw. A 10) auf 1 Stelle. Die Stelle wird zunächst für 2 Jahre eingerichtet.

| | | |
|----------------------|---------------|----|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 12 |

19 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Kampschulte und Frau Burbulla wurden von Anwohnern des Glatzer Weges auf dort stattfindende Straßenbaumaßnahmen angesprochen.

Herr Guthier erläutert, dass die Telekom ihr Leitungsnetz ausgebaut habe und er im Übrigen vermute, dass es sich im Weiteren um Verkehrssicherungsmaßnahmen gehandelt habe.

Im Anschluss beantwortet Herr Guthier Nachfragen zum Sachstand und weiter vorgesehenen Vorgehen hinsichtlich der Straßenbaumaßnahme Glatzer Weg / Tilsiter Weg / Lausitzer Weg.

Herr Happe bittet die Verwaltung, nochmals auf den Eigentümer des Bahnhofgebäudes zuzugehen. Dort herrschen um die Baustelle herum unschöne Zustände. Herr Schweinsberg teilt mit, dass er bereits jeden Tag versuche, ihn telefonisch zu erreichen und diese Bemühungen fortsetzen werde.

Veröffentlichung eines Beschlusses aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung:

| | | |
|-------------------------|--|-----------------|
| Zu TOP B 2.1 | Erhöhung des AVU-Anteils am Kommanditkapital der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG | 057/2017 |
|-------------------------|--|-----------------|

Beschluss:

Der Rat stimmt zu, dass die AVU Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen ihre Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG um bis zu 0,61 Mio € erhöht und sich an der von der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG zu 100 % gehaltenen Komplementärgesellschaft Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Stammkapital 25.000 €) beteiligt.

| | | |
|----------------------|---------------|---|
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig: | x |
| | dafür | |
| | dagegen: | |
| | Enthaltungen: | 1 |

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 17 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

| | | |
|-------------------------|-----------------------------------|--|
| Schwelm, den 29.05.2017 | Schritfführerin gez. Söhner | Die Bürgermeisterin gez. Grollmann |
|-------------------------|-----------------------------------|--|